

SPD demokratischer pressediens

F. XXVI '50
15. März 1971

Die SPD bleibt an der Spitze

Ergebnisse und Lehren der Berliner Wahl
Seite 1 / 46 Zeilen

Die neuen Fahrzeuge der Bundeswehr

Jahrzehnt-Erfahrungen ergeben gute Leistungen
Von Paul Neumann SPD-MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses des
Bundestages
Seite 2 und 3 / 57 Zeilen

"Die SPD muß verteuflert werden!"

Christ-konservative Polemik statt politischer
Alternativen
Von Fritz Sänger
Seite 4 bis 6 / 137 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Zum Verhältnis von Sozialdemokratie und
Kommunismus" (3. und Schluß)

Denkschrift des Vorstandes der Sozialdemokra-
tischen Partei Deutschlands
Seite 7 bis 9 / 129 Zeilen

Chefredaktion: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 3-10
Postfach: 9153
Pressehaus 1 Zimmer 217-224
Telefon: 22 90 37 - 38
Telex: 886 846 889 847
066 940 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Die SPD bleibt an der Spitze

Ergebnisse und Lehren der Berliner Wahl

Die Berliner SPD hat dem konzentrischen Angriff aller anderen Parteien, von rechts bis ganz links, standgehalten und mit deutlichem Abstand die absolute Mehrheit im Abgeordnetenhaus gewahrt. Damit bleibt die Führung der Zweieinhalb-Millionen-Stadt weiter, wie mit einer knappen Pause schon seit 1949, fest in der Hand der Sozialdemokraten, mit deren Geschichte und Politik Berlin aufs engste verbunden war und ist. Diese starke parlamentarische Position der SPD nach dem 14. März 1971 ermöglicht es ihr, ruhig, gelassen und ohne Zeitdruck an die Bildung des neuen Senats heranzugehen, könnte sie doch in den nächsten vier Jahren schließlich auch allein regieren.

Diese Feststellung eines Erfolges muß mit der Feststellung verbunden werden, daß die SPD eine schwerliche Einbuße an Wählerstimmen hinnehmen mußte. Die Gründe scheinen vielerlei Art zu sein, exakte Analysen werden allen Beteiligten und Betroffenen in der notwendigen Klarheit sagen, wo die Ursachen für den Stimmenverlust zu suchen und wo und wie sie entschlossen zu beseitigen sind. Die Bundesparteiführung deutete bereits an, daß es sich vermutlich im wesentlichen um Fragen innerberliner Art handeln dürfte. Die beiden Bonner Koalitionspartner sind sich jedenfalls einig darüber, daß die Deutschland-, Berlin- und Ostpolitik der sozialliberalen Bundesregierung keine negative Rolle gespielt hat.

Daran ändert auch der Versuch der CDU-Führung nichts, genau dieses Problem in den Vordergrund zu heben. Es bleibt dabei, daß vor allem die Ostpolitik der Regierung Brandt-Scheel auch bei den CDU-CSU-Wählern mehrheitlich positiv beurteilt wird. Der Berliner Wahlerfolg der Union soll dennoch nicht verniedlicht werden. Man wird sich in der SPD auch hier recht bald über die Ursachen klar werden müssen, denen man, hat man sie erst einmal in nüchterner Objektivität erkannt, von der Wurzel an entschlossen zu Leibe rücken muß.

Der Berliner und Bonner Koalitionspartner "David" FDP hat einen knappen Erfolg zu verzeichnen, was, im Bundesmaßstab gesehen, ein Erfolg der gemeinsamen Bundespolitik ist. Die Bitterkeit, mit der die Berliner SPD den "bösen" und nur gegen die SPD gerichteten FDP-Wahlkampf der letzten vier Wochen verzeichnen hat, ist berechtigt. Aber auch diese Bitterkeit wird kein politischer Ratgeber für die nun politischen Entscheidungen sein, die jetzt bevorstehen.

Bleibt, um die Skala abzuschließen, die SEW. Die Absage, die der Westberliner Wähler insgesamt am 14. März 1971 dem Westberliner Ableger der SED rauh und trocken verpaßt hat, reinigt die Atmosphäre auch für die Bundesrepublik. Die SEW bleibt ebenso eine Sekte wie die DKP es bleiben wird. Diese unmißverständliche Lehre dürfte allseits heilsam sein. (seelex 15.3.1971 bgy)

Die neuen Fahrzeuge der Bundeswehr

Jahrzehnt-Erfahrungen ergeben gute Leistungen

Von Paul Neumann SPD-MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Das Bundesverteidigungsministerium hat den Klug. Kordern des Verteidigungsausschusses bei der Erprobungsstelle 4 in Trier die Kfz-Nachfolgegeneration vorgestellt, die in den kommenden Jahren in der Bundeswehr eingeführt und mit der endlich eine weitgehende Vereinheitlichung der Radfahrzeuge erreicht werden soll.

Staatssekretär Dr. Kommasa hatte Anfang dieses Jahres auf die Frage nach den Schwachpunkten des Rüstungsprogramms 1. a den Radspäh-Panzer und die Kfz-Nachfolgegeneration genannt, die im mittelfristigen Planungszeitraum bis 1974 beschafft werden müßten. Das ist bitter nötig, wenn man weiß, wie 1956 begonnen wurde. Damals war das Ministerium gezwungen gewesen, zur Deckung des akuten Bedarfs alle möglichen Typen am zivilen Markt zu erwerben. Von einer rationellen Vereinheitlichung konnte nicht gesprochen werden.

Aus diesen Erfahrungen der Jahre seit 1956 sind folgende Forderungen an die Technik gestellt worden: 1/ möglichst weitgehende Homogenität der Baugruppen, 2/ weitgehende Anlehnung der Bundeswehr-Entwicklung an die Entwicklung im zivilen Bereich, 3/ Zusammenfassung mehrerer Nutzlastklassen zu Familien und 4/ einheitliche Baugruppen und Bauteile in den Familien

Die wichtigsten Forderungen waren technisch realisierbar. Die Nutzlastklassen von vier, sieben und zehn t wurden zu einer Familie zusammengefaßt, wobei die gepanzerten Radfahrzeuge einbezogen wurden. An der Entwicklung der neuen Kfz-Generation waren die Firmen Büssing, Henschel, KHD, Krupp und MAN beteiligt, die sich auf Vorschlag des Bundesverteidigungsministeriums zur gemeinsamen Entwicklung zusammengeschlossen hatten, und die Firma

Daimler-Benz, die eine eigene Entwicklung betrieb. Die Firmen stellten im April 1968 die ersten Musterfahrzeuge vor.

Nach Meinung der Hardthöhe hat die Konkurrenz dieser beiden Gruppen die Entwicklung beschleunigt. Die Leistungen entsprechen voll den sehr hochgeschraubten Zielen. Hier auf technische Einzelheiten einzugehen, würde den Rahmen sprengen. Es kann aber gesagt werden, daß es sich bei den Fahrzeugen um schnelle und moderne Fahrzeuge handelt, die zeigen, daß die Entwicklung auf dem Gebiet des Kfz-Baues mit dieser Nachfolgegeneration einen großen Sprung nach vorn gemacht hat. Die Soldaten, die in Zukunft diese Fahrzeuge fahren sollen, werden sicherlich merken, daß bei der Entwicklung der Nachfolgegeneration auch an sie und ihre Gesundheit gedacht wurde. Selbst unter extremen Bedingungen führen die Kraftfahrer in Trier in lockerer, unverkrampfter Haltung über die Erprobungsstrecke.

Die an der Entwicklung beteiligten Gruppen werden ihre bei der Entwicklung gemachten Erfahrungen in den Serienbau einfließen lassen. Die Bundeswehr wird mit diesen neuen Fahrzeugen daher eine neue, leistungsstarke Fahrzeugausrüstung erhalten. Aber nicht nur die Armee wird von dieser Nachfolgegeneration profitieren; auch der zivile Bereich wird entsprechende Nutzfahrzeuge (Feuerwehr, Zivilschutz, Müllabfuhr usw.) erhalten können.

Mit der Einführung der gepanzerten Fahrzeuge ist ab 1973 zu rechnen, während die ungepanzerten Fahrzeuge mit vier, sieben und zehn t Nutzlast etwas später eingeführt werden. Für die Beschaffung der Fahrzeug-Folgegeneration der Mittelklasse wird ein Gesamtaufwand von etwa vier Milliarden DM erforderlich sein. Ein finanzieller Brocken, über den auf der Erprobungsstrecke in Trier von den Abgeordneten noch nicht gesprochen wurde. Das wird aber sicherlich noch nötig sein. (lex. 15.3.1971/ks)

"Die SPD muß verteufelt werden!"

Christ-konservative Polemik statt politischer Alternativen

Von Fritz Sänger

Ganz so schlimm, wie jener römische Senator Porcius Cato es vor mehr als 2000 Jahren mit Karthago, der großen und erfolgreichen Konkurrenz Roms, vorhatte, scheint die CDU es mit der SPD nicht oder vielleicht noch nicht zu meinen. Was immer Cato auch sagte, er schloß mit der Forderung: "Und im übrigen, Karthago muß zerstört werden!". Die christ-konservativen Politiker dieser Zeit geben sich milder, ihr Feldgeschrei heißt: "Die SPD muß verteufelt werden!" Man versucht, sie als eine im tiefsten Innern unhomogene, vom Kommunismus her gefährdete Partei darzustellen, die "kurz vor dem Zerfall" steht. Das behauptete Konrad Adenauer freilich schon vor zwei Jahrzehnten. So ersetzen Wunschbilder die Fakten, und das ist das Fundament auch der Polemiken, die heute von den beiden "Unions"-Parteien, die keine politische Alternative anbieten haben, gegen die SPD geführt werden.

Ein Beispiel für diese Verteufelungs-Methode ist ein Ausfall, den der CDU-offizielle "Deutschland-Union-Dienst" gegen eine Reihe von sozialdemokratischen und freidemokratischen Politikern soden erst unternommen hat. Diese Männer hätten, gar zusammen mit Kommunisten, einen Aufruf unterschrieben, der eine Hilfeleistung für den Ostblock und somit ein Schaden für die deutschen Interessen sei.

So viele Behauptungen, so viele falsche Aussagen. Dieser Aufruf ist im Januar dieses Jahres entstanden und in den ersten Februar-Tagen veröffentlicht worden. Die CDU hat damals keine Kenntnis genommen. Heute, Mitte März, jedoch pat er in ihr Ersatzprogramm der Polemik, mit der sie der Öffentlichkeit konstruktive Politik vortäuschen will. Die CDU entnahm den Text einer kommunistischen Zeitung; das ist ihre Sache. Aber sie nahm es dabei mit den Tatsachen nicht genau. Sie behauptete Unterschriften, die es nicht gibt, sie vertauschte Texte und sie zog die ihr erwünschten Folgerungen, denen der sachliche Untergrund fehlt. Der Aufruf war und bleibt ein Appell, den eine Reihe von Politikern aus FDP und SPD und solche, die keiner Partei angehören, für nötig und nützlich hielten und halten. Bürgerinitiative ist ein echter Ausdruck demokratischer Mitarbeit. Dieser Appell unterstützt die vorwartsdrangende Entspannungspolitik der sozialliberalen Bundesregierung, wie sie in der Regierungserklärung von 1969 vorgezeichnet ist. Sie wird von einer großen Mehrheit des deutschen Volkes bejaht und unterstützt. Die deutsche Öffentlichkeit weiß, daß die Politik, die die Regierung Brandt/Scheel betreibt, heute die einzige Chance für eine friedliche Zukunft ist. Auch Politiker der CDU können und sollten also zu den Initiatoren solcher Aktionen

gehören. Sie sind stets als Partner willkommen, wenn sie die Voraussetzung erfüllen, eine realistische Politik friedlicher Zusammenarbeit aller Nationen und Völker ehrlich und tätig zu wollen und nicht nur davon pathetisch zu reden.

(Wir veröffentlichen als Dokumentation den Wortlaut des Aufrufs.)

Januar-1971-Aufruf des Hamburger Kolloquiums

"Jede mögliche oder erreichbare Verzögerung der Ratifizierung und Verwirklichung der Verträge von Moskau und Warschau wird von der CDU CSU wie von den außerparlamentarischen Rechtsradikalen genutzt, den konzentrischen Angriff gegen auch das leiseste Anzeichen von Entspannung verstärkt fortzusetzen.

Es ist offensichtlich, daß der Abschluß der Verträge mit Moskau und Warschau von destruktiven Rechtskräften dazu benutzt werden soll, unter Hintansetzung der wahren nationalen Bedürfnisse, die um Frieden bemühte Regierung zu stürzen.

Den restaurativen Kräften in der Bundesrepublik geht es um die Rückkehr zur Macht und damit zur Reaktion im Innern, verbunden mit der Stabilisierung jener unsozialen Herrschaftsverhältnisse, die nach dem Kriege restauriert wurden. Es geht ihnen darum, den erst in Ansätzen vorhandenen Prozeß einer gesellschaftspolitischen Reform aufzuhalten und den im Grundsatz verbürgten sozialen und demokratischen Rechtsstaat letztlich nicht zu verwirklichen.

Unser Ruf gilt deshalb zunächst den Arbeitnehmern: Lassen Sie nicht zu, daß Ihre Rechte, daß Demokratie und Freiheit durch die restaurativen Kräfte eingeengt werden.

Die rechte Opposition aller Schattierungen steht unter Zeitdruck. Sobald sich nämlich Erfolge der Politik der Bundesregierung stabilisierend auf die Lage in Westberlin auswirken, wird für viele Bundesbürger ersichtlich werden, daß auf dem jetzt eingeschlagenen Weg die Folgen der hitlerischen Aggression und der Unterlassungen früherer Bundesregierungen überwunden werden können.

Neue Aktionen gegen die verhaßte Bundesregierung, deren Bemühungen um Ausgleich mit dem Osten den Akteuren und deren finanzstarken reaktionären Hintermännern ein Dorn im Auge sind, werden nicht lange auf sich warten lassen.

Unser Ruf gilt den Unternehmern: Lassen Sie es nicht geschehen, daß Rechtsradikale in den Kreisen der Wirtschaft Unterstützung erhalten - schon einmal hat die Unterstützung der Rechtsextremen unermeßlichen Schaden für unser Land und die Volkswirtschaft hervorgerufen.

Das verantwortungslose Gerede der Opposition von Inflation ist gefährlich und grundlos und soll nur die Bevölkerung in Unruhe versetzen.

Dabei hat die parlamentarische Opposition gegenüber der Politik der Regierung keine Alternativen anzubieten. Die CDU CSU stellt

zwar jede Verbindung zur rechtsradikalen APO in Abrede, bedient sich aber inhaltlich gleicher Parolen. Das Springer-Imperium tut das seine, um parallel zum außerparlamentarischen rechten Bodensatz gegen die durchaus mögliche Aussöhnungspolitik der Bundesregierung und die überfällig gewordenen inneren Reformen immer wieder die Gefühle und Empfindungen hochzuspitzen.

Unser Ruf gilt den Publizisten: Leihen Sie die Feder nicht denen, die jeden Versuch der Entspannung zu torpedieren suchen.

Beim Zusammenwirken aller reaktionären Kräfte kann bei der knappen parlamentarischen Mehrheit im Bundestag die Position der Regierung nicht unter allen Umständen als gesichert gelten. Die CDU/CSU versucht, die Opposition in den eigenen Reihen, die aus Verantwortungsbewußtsein geneigt ist, der Regierungspolitik zuzustimmen, dadurch an die Kandare zu nehmen, daß sie verspricht, die von ihr jetzt verdamnten Verträge nochmals vor den Bundestag zu bringen, wenn man nur einmal selbst wieder an die Macht gekommen sei. Diese Doppelzüngigkeit in der Haltung nach außen und nach innen verdient, festgehalten zu werden.

Die Politik der parlamentarischen Opposition wird auch von jenen ausgenutzt, die das Recht der Demonstration dazu mißbrauchen, nach Mord und Gewalttat gegen die entspannungswilligen Kräfte zu rufen.

Unser Ruf gilt den Juristen: Nutzen Sie Recht und Gesetz zur Erweiterung und Vertiefung der Demokratie, nutzen Sie es gegen jene, die unter dem Vorwand des Patriotismus gewalttätigen "Widerstand" praktizieren und die Demokratie ein weiteres Mal zu beiseitigen trachten.

Der Generalangriff der restaurativen Kräfte der BRD im Bündnis mit den 'Falken' des Auslandes will das Rad der Geschichte zurückdrehen und zur Politik des 'Kalten Krieges' zurückkehren. Es geht darum, die eingeleitete Entspannungspolitik zwischen West und Ost zu stören, die Entwicklung einer europäischen Friedensordnung zu verzögern, die Ratifizierung der Verträge der Bundesrepublik mit der Sowjetunion und Polen zu verhindern, die Normalisierung der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR zu blockieren.

Unser Ruf gilt allen Bürgern der Bundesrepublik, Männern und Frauen, der jungen Generation vor allem, um deren Zukunft es geht:

Wehren Sie dem Angriff der restaurativen Kräfte und drängen Sie die Regierung weiter auf den Weg der Entspannung. Das aber heißt: Frühest mögliche Ratifizierung der Verträge mit Moskau und Warschau und es heißt Abschluß völkerrechtlich verbindlicher Verträge mit der DDR."

Der Appell wurde u.a. unterzeichnet von William Borm, FDP-MdB, Alterspräsident des Bundestages, Walter Koppel, Filmproduzent, Heinrich Albertz, Regierender Bürgermeister von Berlin a.D., Góstar von Uexküll, Journalist, Borislaw Bonin, Oberst i. R., Prof. Dr. Immanuel Geis, Historiker, Karl-Heinz Walkhoff SPD-MdB, Rudolf Kaffka SPD-MdB, Fritz Sänger, ehem. SPD-MdB und Prof. Dr. Walter Fabian, Publizist (DGB).

(-/ex/15.3.1971 bgy)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Zum Verhältnis von Sozialdemokratie und Kommunismus"

Denkschrift des Vorstandes der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

(3 und Schluß)

Solche kommunistischen Diktaturen sind bisher aus eigener Kraft, ohne Intervention von außen, nur in wenig entwickelten Ländern ohne starke demokratische Tradition zur Macht gekommen. In diesen Ländern hat der konzentrierte, zielbewußte Einsatz der totalen Staats- und Parteimacht zum Teil bedeutende Entwicklungsleistungen vollbracht - am eindrucksvollsten in der Sowjetunion selbst. Doch sie haben dafür den Preis jahrzehntelanger Gewaltherrschaft gezahlt. So führte Stalins Zwangskollektivierung, die in der Sowjetunion noch heute als Verdienst gepriesen wird, zehn Jahre nach der Machtergreifung zur Deportation von Millionen Bauern in Zwangsarbeitslager, neben denen die von Marx und Engels geschilderten Schrecken des englischen Frühkapitalismus verblissen. Nur in diesem Klima der allgemeinen Rechtlosigkeit wurde auch die willkürliche Bezimierung der kommunistischen Parteikader selbst durch Stalins Terrorinstrumente in den späten 30er Jahren in Rußland möglich und ebenso die Verfolgung osteuropäischer Kommunisten als "hitleristisch-zionistische Agenten" von 1949 bis 1952 - Vorgänge, die heute offiziell als "Fehler" kritisiert werden, ohne daß die Kommunisten wagen, ihre systemimmanenten Ursachen aufzudecken. Wie einst Stalin mit Hilfe der Geheimpolizei, hat jüngst Mao Tse-tung mit Hilfe der Armee alle Widerstände im Parteiapparat gegen seine Alleinherrschaft gebrochen - und auch in dieser "Kulturrevolution" haben die anarchischen Kämpfe zwischen verschiedenen "Roten Garden" und deren schließliche militärische Unterdrückung ungezählte Blutopfer gefordert.

Dabei haben die Leiden und Entbehrungen dieser Krisenperioden die kommunistischen Staaten dem Ziel der klassenlosen Gesellschaft und der internationalen Verbrüderung nicht näher gebracht. In der nachstalinischen Sowjetunion sind heute die Macht und die Vorrechte der bürokratischen Oberschicht gefestigt als je zuvor. In China sind nach der Kulturrevolution Partei und Verwaltung unter der Führung der Generalität rekonstruiert worden. Wettläufer und Grenzkonflikte, als nackte Machtpolitik, bestimmen die Beziehungen zwischen beiden kommunistischen Großmächten. Was die kleineren kommunistischen Staaten betrifft, so hat die sowjetische Intervention in der CSSR und die zu ihrer Rechtfertigung erfundene Doktrin der "beschränkten" oder "kollektiven" Souveränität "sozialistischer Staaten" gezeigt, wie wenig Selbstbestimmungsrecht und Gleichberechtigung der Nationen im sowjetischen Machtbereich respektiert werden.

Gewiß müssen nicht alle diese Züge für immer die Politik aller kommunistischen Staaten und Parteien bestimmen; auch der

Kommunismus ist nicht unveränderlich.

Die jugoslawischen Kommunisten haben seit ihrem Bruch mit Stalin Wege gesucht, um die Aufrechterhaltung des Einpartei-systems mit der Schaffung echter Selbstverwaltungsorgane zu verbinden. Die sowjetische Führung hat in dem Jahrzehnt nach Stalins Tod unter der Losung der "sozialistischen Gesetzmäßigkeit" den Massenterror abgebaut, die Vollmachten der Geheimpolizei beschränkt und die meisten Arbeitslager aufgelöst. Die tschechoslowakischen Reformkommunisten haben 1968 den Versuch gemacht, ein beträchtliches Maß von Informations- und Meinungsfreiheit wiederherzustellen und den Gewerkschaften größeren Spielraum für die Vertretung der Arbeiterinteressen einzuräumen. Eine Reihe von kommunistischen Parteien in Westeuropa hat damals diesen Versuch als ein mögliches Vorbild für kommunistische Machtausübung in Ländern mit demokratischer Tradition begrüßt und die sowjetische Intervention scharf kritisiert; zumindest die italienischen Kommunisten halten an diesem Standpunkt in der Hauptsache auch heute noch fest. Auch in der heutigen Sowjetunion regt sich immer wieder Kritik an dem Fehlen wirklicher Demokratie und Diskussionsfreiheit, was von führenden kommunistischen Wissenschaftlern als ein Hemmnis der gesellschaftlichen Weiterentwicklung und ein Grund erneuten technologischen Zurückbleibens hinter dem Westen erkannt wird.

Doch die Erfahrung hat bisher gezeigt, wie stark das Interesse des kommunistischen Einpartei-Regimes an der Behauptung seines Machtmonopols Bestrebungen in den eigenen Reihen zur Gewährleistung von Rechtsstaatlichkeit und Diskussionsfreiheit und damit zu weiterer Demokratisierung entgegensteht, und wie häufig es sie erdrückt und erstickt. Dabei werden Unterdrückungsmaßnahmen wie die Willkürakte gegen sowjetische Schriftsteller, der Einmarsch in die CSSR oder die Absperrmaßnahmen gegen die Bevölkerung der DDR immer wieder mit der Gefahr des "Sozialdemokratismus" begründet.

In der Tat wäre ein menschlicher, freiheitlicher, rechtsstaatlicher, kurz: wahrhaft demokratischer Kommunismus - ein Kommunismus, der sich das Wort Rosa Luxemburgs zur Richtlinie nähme, daß Freiheit immer die Freiheit des Andersdenkenden ist - sozialdemokratischen Grundvorstellungen in wichtigen Punkten näher als den Grundvorstellungen Lenins.

Es ist eine bloße Schutzbehauptung von Inhabern eines politischen Machtmonopols, daß eine solche Reform auch das gefährden würde, was ihr Regime an echten sozialen Errungenschaften geschaffen hat.

Nur wenn kommunistische Staaten sich zu einer Demokratisierung entschließen können, werden auch ihre sozialen Teilfortschritte wirklich gesichert sein. Wir schließen die Möglichkeit einer solchen Entwicklung nicht aus und würden sie begrüßen. Alle Reformen der Kommunisten werden wir danach bewerten, ob sie in der Praxis zur Selbstverwirklichung des Menschen führen, der als

gesellschaftliches Wesen nach Freiheit und Selbstbestimmung schreibt. Das ist der gleiche Maßstab, der unserem eigenen Kampf für den demokratischen und sozialen Fortschritt und gegen alle Unterdrückungstendenzen in unserer Gesellschaft zugrunde liegt.

Friedliche Koexistenz und geistige Auseinandersetzung

Sozialdemokratische Politik kann sich nicht das Ziel setzen, die kommunistisch regierten Länder zu "befreien" - auch nicht die DDR. Das wäre mit einer konsequenten Friedenspolitik unvereinbar. Ein Abbau der Konflikte zwischen Staaten setzt voraus, daß jeder Staat die innere Ordnung des anderen respektiert. Es wäre auch nicht realistisch: Ein Wandel der kommunistischen Ordnung kann nur von innen kommen.

Sozialdemokratische Politik muß die demokratischen Grundlagen unserer eigenen politischen Ordnung ebenso entschlossen gegen alle kommunistischen Angriffe verteidigen, wie sie sich bemüht, ihren sozialen Inhalt stetig zu verbessern.

Die Kommunisten erklären immer wieder, die von ihnen propagierte "friedliche Koexistenz" zwischen Staaten mit verschiedenen politisch-gesellschaftlichen Systemen bedeute für sie keine "ideologische Koexistenz", also keinen Verzicht auf schärfste Kritik aller nichtkommunistischen Ideen und Institutionen.

Die deutsche Sozialdemokratie nimmt diese Herausforderung an. Sie hat sich seit ihrer Entstehung immer wieder an den Kreuzwegen der deutschen Geschichte für die Demokratie entschieden. Aus dieser grundsätzlichen Überzeugung hat sie auch in den Jahren nach 1945 für den Teil Deutschlands, in dem sie frei arbeiten konnte, den Weg der Demokratie gewählt und die Zusammenarbeit mit den Anhängern der kommunistischen Diktatur verworfen. Sie hat damit entscheidend dazu beigetragen, die Bundesrepublik zu schaffen und die Freiheit in West-Berlin zu sichern. Die Ergebnisse in beiden Teilen Deutschlands haben uns recht gegeben: Das kommunistische System der DDR ist auch heute keine annehmbare Alternative zu unserer freiheitlichen Ordnung.

Die Sozialdemokratie bekennt sich erneut zu der Aufgabe, diese Ordnung kompromißlos gegen alle kommunistischen Irrlehren zu verteidigen.